

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

18. November 2020

CDU-Juristen fordern spezielle Eingreiftruppen für den Generalstaatsanwalt

Der Juwelenraub in Dresden, die Krawallnacht von Stuttgart, die Verfolgung von organisierter Kriminalität und Kinderpornographie-Ringen binden enorme Kräfte der Strafverfolgungsbehörden. Alleine bei der Razzia gegen die Dresdener Juwelenräuber waren über bundesweit 1.600 Polizisten im Einsatz. Nach Ansicht der Christlich Demokratischen Juristen der CDU Baden-Württemberg (LACDJ) ist die Personalstruktur der Justiz aber lediglich auf ein durchschnittliches Arbeitsaufkommen zugeschnitten. Auch die Zuständigkeiten nach Gerichtsbezirken bringt Probleme. Besonders umfangreiche Verfahren oder die Verfolgung überregional tätiger Banden können so kaum bewältigt werden.

Erforderlich ist deshalb eine flexible und schwerpunkt-orientierte Unterstützung der Staatsanwaltschaften in Ermittlungsverfahren. Der LACDJ fordert daher eine Eingreifreserve bei den Generalstaatsanwaltschaften, die in solchen Verfahren die Ermittlungsverfahren übernimmt und leitet. „Gerade in derart umfangreichen und komplexen Verfahren müssen wir das Recht durchsetzen“, erläuterte der Landesvorsitzende des LACDJ Dr. Alexander Ganter.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen für eine Eingreifreserve bei den Staatsanwaltschaften des Landes zu ergreifen.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.